

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB) vom 22. Mai 2008: Auf dem Weg zur „Stadtregion Bern“: Grundlagenstudie für künftige Diskussionen über Gemeindefusionen notwendig (08.000187)

In der Stadtratssitzung vom 29. Januar 2009 wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

Mit der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 über die Agglomerationsstrategie wurden die Grundlagen für die Schaffung von Regionalkonferenzen geschaffen. Damit kann mit einer nächsten Abstimmung die Regionalkonferenz für die Region Bern-Mittelland geschaffen werden. Künftig können die Regionsgemeinden über gewisse Fragen in der Verkehrsplanung, der Siedlungsentwicklung, der Kulturförderung und der Regionalpolitik gemeinsam entscheiden. Die Unterstützung der Vorlage mit rund 80% ist ein positives Zeichen für eine verstärkte Kooperation der Gemeinden und das Modell einer Regionalkonferenz ist damit ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig hat das Modell der Regionalkonferenzen aber auch klare Grenzen. So ist es stark auf die Exekutiven ausgerichtet und mit 101 betroffenen Gemeinden müssen sehr heterogene Interessen auf einen Nenner gebracht werden. Zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland gehören neben Bern weitere 100 Gemeinden von Aeschlen, Albligen, Allmendingen bis Zauggenried, Zäziwil und Zuzwil. Trotz Gemeinsamkeiten ist es offensichtlich, dass die Probleme und Anliegen der Kernagglomeration Bern (u.a. Stadt Bern, Köniz, Ostermundigen, Zollikofen, Ittigen etc) andere sind. Das Thema Gemeindefusionen in der Kernagglomeration Bern ist vielerorts ein Reizwort. Statt aufgrund klarer Fakten wird aufgrund von Emotionen diskutiert.

Es wäre sinnvoll zusammen mit dem Kanton und den Agglomerationsgemeinden rund um Bern im Rahmen einer Grundlagenstudie mit Szenarien für die mittel- bis langfristige Zusammenarbeit der Agglomerationsgemeinden im Sinne einer „Stadtregion Bern“ zu erarbeiten.

Ein Beispiel dafür liefert die Grundlagenstudie „Starke Stadtregion Luzern“ (2007), die zusammen von Stadt und Kanton Luzern erarbeitet wurde.¹ Dabei wurde die bisherige kleinteilige Gemeindenstruktur einer vereinigten Stadtregion gegenübergestellt. Anhand einer Chancen/Gefahrenanalyse überwiegen deutlich die Vorteile einer Stadtregion. Kriterien waren u.a. die Einflussnahme auf Bundes- und Kantonspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, finanzielle Auswirkungen, aber auch Aspekte wie der Druck auf die Umwelt, Verkehrsfragen etc.

Der Gemeinderat wird gebeten folgendes Anliegen zu prüfen:

1. Eine Grundlagenstudie für die mittelfristige Zusammenarbeit der Kernagglomerationsgemeinden rund um Bern zu erstellen, welche das Modell der Regionalkonferenzen ergänzt.
2. Dabei sind der Kanton, der VRB (Verein Region Bern) und wenn möglich die Kernagglomerationsgemeinden für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Dabei wird im Vorstoss bewusst auf eine abschliessende Aufzählung der Gemeinden verzichtet. Dies soll Gegenstand des Diskussionsprozesses sein.

¹ <http://www.gemeindereform.lu.ch>

3. In der Studie sind neben thematischen gemeinsamen Herausforderungen (wie Verkehr, Siedlungsentwicklung/Wohnraum, Infrastrukturen, soziale Dienstleistungen) auch finanzielle Überlegungen (Erbringung effektiver Leistungsangebote des Service public) und Modelle für die institutionelle Form einer neuen Struktur aufzuzeigen.
4. Die Studie muss mit Begleitmassnahmen wie Information und Partizipation von Seiten der Bevölkerung ergänzt werden.

Bern, 22. Mai 2008

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB), Hasim Sancar, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Lea Bill, Christine Michel, Emine Sariaslan, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen, wonach die Zusammenarbeit in der Stadtregion Bern verstärkt werden soll, und ist jederzeit bereit, sich mit Fragen rund um Gemeindefusionen auseinanderzusetzen. Diese Intention hat er nicht nur in seiner Strategie 2020, sondern auch in den Legislaturrichtlinien 2009 - 2012 festgehalten.

Der Gemeinderat ist sich aber auch bewusst, dass - wie im Postulat ausgeführt wird - Gemeindefusionen in der Kernagglomeration Bern vielerorts ein Reizthema sind. Die Diskussion muss deshalb sehr sorgfältig und sachlich geführt werden und kritische Stimmen müssen ernst genommen werden.

Mit dem Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG) vom 25. November 2004 hat der Kanton Bern eine Grundlage zur finanziellen Unterstützung von Gemeindefusionen gelegt. Am 10. Dezember 2009 hat der Grosse Rat mittels Planungserklärung den Regierungsrat beauftragt, die Fusionsförderung zu verstärken und die personellen Ressourcen massvoll auszubauen. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern hat im Zusammenhang mit dem Projekt Gemeindereformen (GEREF) bereits eine Vielzahl an Dokumenten erarbeitet, welche die Fusion von Gemeinden generell und im ganzen Kanton betreffen. Eine Zusammenstellung findet sich auf der Homepage des Amtes für Gemeinden und Raumordnung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (www.jgk.be.ch/site/agr).

Weiter erarbeitete die Tripartite Agglomerationskonferenz im 2009 Grundlagen für eine Studie, welche sich mit den Potenzialen und Argumenten für Fusionen in Agglomerationen befasst. Leider musste dieses Vorhaben wegen beschränkter Ressourcen vorerst zurückgestellt werden.

Am 31. August 2009 wurde auf privater Initiative der Verein „Bern neu gründen“ ins Leben gerufen. Der Verein will eine Bevölkerungsbewegung initiieren und so das wirtschaftliche Zentrum der Hauptstadtregion stärken. Beabsichtigt wird, die Bevölkerung für die übergeordneten Zusammenhänge innerhalb des urbanen Raums zu sensibilisieren, und angestrebt wird insbesondere, dass bei Geschäften der Stadt Bern auch die Bevölkerung der Nachbargemeinden mitbestimmen kann. Das Ziel des Vereins „Bern neu gründen“ deckt sich somit weitgehend mit der Absicht des Postulats.

Der Gemeinderat hat in seiner Strategie 2020 die Vision von Bern als einer selbstbewussten Bundesstadt skizziert. Gemeinsam mit dem Kanton Bern lancierte er die Hauptstadtregion Schweiz. Damit sollen die bevölkerungs- und wirtschaftsstärksten Gemeinden im Grossraum Bern gruppiert und auf nationaler und internationaler Ebene besser positioniert werden. Er geht davon aus, dass sich dieses Netzwerk auch auf die zukünftige Zusammenarbeit innerhalb der Agglomeration Bern positiv auswirken wird.

Dem Gemeinderat ist eine verbindliche regionale Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen wichtig. So hat er die Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) von Beginn an mitgetragen und die Fusion der betreffenden Regionalverbände zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland unterstützt. Er hofft, dass damit die Zusammenarbeit der Agglomerationsgemeinden - z.B. im Rahmen von Teilkonferenzen, Kommissionen oder Arbeitsgruppen - weiter verstärkt werden kann, und er ist der Ansicht, dass eine allfällige Grundlagenarbeit, wie sie im Postulat verlangt wird, zu gegebener Zeit in diesem Rahmen lanciert werden soll.

Zu Punkt 1 und 2:

Grundlagenstudien zu organisatorischen, finanziellen und politischen Hintergründen gibt es bereits in grosser Zahl. Ein Bericht zur konkreten Situation in der Kernagglomeration Bern demgegenüber muss von den betroffenen Gemeinden zwingend mitgetragen werden. Dieses Projekt wird am besten von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland selber oder allenfalls vom Verein „Bern neu gründen“ initiiert. Die Stadt Bern wird sich an einer fundierten Studie beteiligen.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat ist, wie erwähnt, jederzeit bereit, neue und unkonventionelle Formen der Zusammenarbeit zu prüfen und zu systematisieren. Er erachtet es als richtig, dass die Regionalkonferenz Bern-Mittelland eine reelle Chance erhält und geht davon aus, dass mit der Möglichkeit von Teilkonferenzen die nötigen Gefässe geschaffen sind, um solche Fragen künftig konstruktiv angehen zu können.

Zu Punkt 4:

Mit der Absichtserklärung des Gemeinderats, die Hauptstadtregion Bern zu positionieren und dem Verein „Bern neu gründen“, der explizit einen Bewusstseinsprozess in der Bevölkerung auslösen will, ist das Thema bereits in einer breiteren medialen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit gesetzt und wird damit mittelfristig auch seine Wirkung entfalten.

Der Gemeinderat hat die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und des Thematisierens von Fusionen in der Vergangenheit bereits verschiedentlich betont. Er wird auch in Zukunft den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen und die Zusammenarbeit mit Partnern dort suchen und verstärken, wo es einer weitsichtigen Entwicklung unseres Lebensraums förderlich ist.

Bern, 20. Januar 2010

Der Gemeinderat